



VERBAND BRÜSSEL-BELGIEN

- Der Vorsitzende -

Rundschreiben, Januar 2003

Liebe Mitglieder der CDU Brüssel,

zunächst wünsche ich Ihnen und Ihren Familien, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen im Vorstand unseres Auslandsverbandes, für das Neue Jahr von Herzen alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

* * *

Das Jahr 2003 beginnt mit einer Ungewissheit über den Ausgang der Irak-Krise. Sollte eine befriedigende Lösung - sei es durch Ablösung Sadam Husseins oder durch Neutralisierung seiner Machtmittel - gefunden werden, und also kein Krieg stattfinden, wird das in allererster Linie ein Verdienst der amerikanischen Politik sein, und alle, die - aus welchen Gründen auch immer - sich zur Unzeit von der amerikanischen Politik distanziert haben, werden ziemlich schlecht aussehen. Sollte es aber aufgrund der Verweigerung Sadam Husseins zu einem Krieg kommen, um die erstrebte Lösung zu erzwingen, wird letztlich nur das Ergebnis zählen, und alle, die nicht mitgeholfen haben, das Ergebnis zu erzielen, werden noch schlechter aussehen. Es ist deshalb vorauszusehen, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der leichtfertigen Verantwortungslosigkeit des Bundeskanzlers Schröder zu den Verlierern dieser Krise gehören wird.

Damit ist einer der vielen Gründe benannt, warum das knappe Ergebnis der Bundestagswahl 2002 zugunsten von Rot-Grün so fatal war. Denn auch auf nahezu allen anderen Feldern der Politik wurde danach unter Schröders (nicht wahrgenommener) Verantwortung das Richtige unterlassen und das Falsche getan. Das hat zu einer erheblichen Verunsicherung im Lande geführt. Inzwischen scheint Schröder allerdings eingesehen zu haben, dass er die Notbremse ziehen muss. Mehr und mehr greift er - in Ermangelung eigener Ideen und Konzepte - auf das Programm der CDU/CSU zurück. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser notorische Opportunist sich morgen, wenn seine Partei ihm das noch durchgehen lässt, voll auf das Programm der CDU/CSU einlässt, um sich damit die Erfolge zu verschaffen, die er braucht, um die Legislaturperiode zu überstehen, und um mit einigermaßen guten Aussichten die Wahl des Jahres 2006 auf sich zukommen zu lassen.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen und in Hessen könnten die Entwicklung eines solchen Szenarios beschleunigen. Denn wenn die CDU, wie wir hoffen, in beiden Ländern gewinnen sollte - und wenn nicht nur in Hessen Roland Koch, sondern auch in Niedersachsen Christian Wulff Ministerpräsident ist, dann wird die Union über den Bundesrat mitregieren. Schröder wird also gezwungen sein, und in diesem Fall wird seine Partei und wohl auch die Koalition ihm notgedrungen folgen, der CDU/CSU entgegenzukommen. Das wird zwar gut für Deutschland sein, jedoch wird das die Aufgabe der Führung unserer Partei nicht erleichtern.

Vor diesem Hintergrund geht der Vorwurf an die Union, sie würde ihre Kritik an der Regierung nicht mit eigenen Vorschlägen begleiten und bleibe deshalb unglaubwürdig, ins Leere. Denn abgesehen davon, dass es nicht die Aufgabe der Opposition ist, der Regierung die Konzepte zu liefern, ist es in der aktuellen Situation doch gerade das, was jetzt geschieht.

* * *

In der Europäischen Union wird während dieses ganzen Jahres die Politik weitgehend im Zeichen der Arbeiten des Konvents und der sich anschließenden Regierungskonferenz stehen.

Der Konvent ist mit dem Vorhaben (seiner Mehrheit), eine neue Verfassung für die Union zu entwerfen, die die bestehenden Verträge ersetzen soll, ein gutes Stück vorangekommen. Der Pegel des Konsenses ist im Laufe der Monate seit seiner Konstituierung im März 2002 stetig gestiegen. Insbesondere hat die sehr intensive Auseinandersetzung mit den einzelnen kritischen Materien (von der Subsidiarität über die Grundrechte und die Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Sozialpolitik) in Arbeitsgruppen gezeigt, dass Verständigung prinzipiell in allen Fragen möglich ist, und wo die möglichen Lösungen liegen. Ab sofort beginnt - unter Befolgung einer vom Präsidium des Konvents vorgelegten Gliederung und auf der Grundlage der bereits erreichten Gemeinsamkeit - die Diskussion über die Formulierung der einzelnen Artikel. Der Fahrplan sieht vor, dass im Juni die Arbeiten des Konvents mit der Vorlage des Texts eines Verfassungsentwurfs abgeschlossen werden.

Die Mitglieder des Konvents aus den Reihen der christlich-demokratischen EVP-Parteien spielen in diesem ganzen Unternehmen die Rolle einer Avantgarde. Unter Führung des CDU-Abgeordneten Elmar Brok hat sich im Konvent eine informelle, aber sehr einflussreiche EVP-Fraktion gebildet, die in den entscheidenden Phasen, oft im Zusammenspiel mit der von Giuliano Amato geführten SPE-Fraktion, die Weichen stellt. Elmar Brok, der im November Gastredner bei einer unserer Veranstaltungen war, hat uns über Stand und Perspektive der Arbeit im Konvent und die Rolle der EVP eindrucksvoll unterrichtet.

* * *

Die Erweiterung der Europäischen Union um acht mittelosteuropäische Staaten sowie Malta und Zypern ist inzwischen nicht nur beschlossene Sache, sondern sie findet statt. Die Verhandlungen sind abgeschlossen und im April werden die Beitrittsverträge unterzeichnet. Sie müssen dann allerdings noch ratifiziert werden, was in mehreren der zukünftigen Mitgliedsstaaten mit einer Volksabstimmung verbunden sein wird. Das heißt, dass uns auch die Frage der Erweiterung über das ganze Jahr hin beschäftigen wird, zumal neben den verfassungsmäßigen Voraussetzungen, um die es im Konvent und in der Regierungskonferenz geht, bis zum Vollzug des Beitritts im Mai 2004 auch die organisatorischen Voraussetzungen in den europäischen Institutionen geschaffen werden müssen.

Aber die Frage der Erweiterung bleibt uns auch erhalten in Form der notwendigen - und endlich, wenn auch spät beginnenden - Auseinandersetzung um die Frage, ob die Türkei Mitglied der Union werden soll und werden kann. Im Dezember 2002 hat der Europäische Rat in Kopenhagen beschlossen, im Dezember 2004 zu entscheiden, dass Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen werden, sofern ein Bericht der Kommission über die Erfüllung der entsprechenden Kriterien dann positiv ausfallen sollte.

Die Frage, ob die Türkei Mitglied werden kann oder soll, ist keine Frage der Außenpolitik, die von der Diplomatie zu beantworten ist, sondern in erster Linie eine Frage nach der Kompatibilität der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung der Türkei mit derjenigen der Europäischen Union. Diese Frage kann nicht ohne weiteres bejaht werden. Jedenfalls besteht ein erheblicher und durchaus nicht unbegründeter Zweifel. Denn trotz ihrer langjährigen Mitgliedschaft im Europa-Rat und trotz ihres Assoziationsverhältnisses mit der Europäischen Gemeinschaft/ Union seit fast 40 Jahren, war die Türkei nicht in der Lage, ihr politisches und soziales System gemeinschaftskompatibel zu gestalten und damit die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, obwohl ihre politische Klasse ebenso lange die Kandidatur ihres Landes für eine Mitgliedschaft propagiert. Das kann kein Zufall sein. Das Argument, dass man seit 1963 gegenüber der Türkei im Wort sei und deshalb nun endlich ihr Begehren honorieren müsse, stellt die Dinge auf den Kopf.

Übrigens die Art und Weise, mit der die türkischen Politiker im Laufe der letzten Jahre agiert haben, um ihr Anliegen durchzusetzen, lässt vermuten, dass ihr Beitrittsbegehren auf einem Missverständnis über den Charakter der Europäischen Union beruht.

Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Gemeinschaft/Union und ihr dauerhafter Zusammenhalt beruhen weitgehend auf dem historisch-kulturellen Konsens, der zwischen den Völkern der Mitgliedstaaten besteht. Das türkische Volk ist in diesen Konsens nicht eingebunden, auch wenn die Mehrheit der gebildeten Oberschicht, des Militärs und der Vertreter von Wirtschaft und Industrie für sich eine westliche oder europäische Identität und Orientierung reklamiert.

Die Zugehörigkeit der türkischen Bevölkerung zum Islam ist und kann, für sich genommen, natürlich nicht entscheidend sein für eine Ablehnung der Mitgliedschaft der Türkei. Es ist richtig: die Europäische Union ist kein ‚christlicher Club‘. Wenn es eines Tages darum gehen wird, Albanien oder Bosnien oder Kosovo, also Länder mit muslimischer Bevölkerung in die Europäische Union aufzunehmen, wird sich das zeigen. Das Problem liegt nicht in der Religionszugehörigkeit. Übrigens leben und arbeiten mehrere Millionen Muslime in den Mitgliedstaaten, viele von ihnen sind Bürger dieser Länder und damit Unionsbürger, also europäische Muslime.

Wie dem auch sei: die Sache bleibt ebenso wie die vielen Argumente, die man pro und contra anführen kann - kontrovers, möglicherweise auch in den Reihen der CDU.

Gerade deshalb müssen wir diese Diskussion führen. Denn die Antwort der Europäischen Union in dieser Sache ist nicht weniger entscheidend für ihre Zukunft als die im Konvent anstehende Verfassungsentscheidung. Kann ein politisches Gemeinwesen (die Res publica europea), selbst wenn seine innere Ordnung demnächst solide verfasst sein sollte, die eigene geografische Entgrenzung und kulturelle Überdehnung vertragen? Tatsächlich geht es um die Frage nach dem Charakter und dem Profil der Europäischen Union, aber auch - angesichts des Überschreitens der für eine supranationale Ordnung kritischen Masse - um ihre Regierbarkeit.

* * *

Ich gehe davon aus, dass Sie die Einladung zum Neujahrsempfang, den wir gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU/CSU-Aktionsgemeinschaft im Haus der KAS (am Mittwoch, 22. Januar, um 19 Uhr) ausrichten, erhalten haben. Ich hoffe, Sie bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit meinen Kollegen im Vorstand der Brüssel CDU begrüßen zu können. Dort wird, wie angekündigt, Hartmut Nassauer MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, über „das Jahr 2003 - Europa vor wichtigen Herausforderungen“ sprechen.

René van der Linden, Mitglied des niederländischen Parlaments und des Europäischen Konvents, Vorsitzender der EVP-Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, wird uns am Donnerstag, dem 6. Februar, um 19 Uhr, für einen Vortrag mit anschließender Diskussion zur Verfügung stehen. Dieser Termin ist im Hinblick auf den Referenten auch deshalb interessant, weil am 22. Januar in den Niederlanden Wahlen stattfinden werden, bei denen unsere Schwesterpartei, Christen Demokatisch Appel (CDA), unter der Führung ihres jungen Ministerpräsidenten Jan-Peter Balkenende gute Chancen hat, ihre Position auszubauen und wieder die Regierung zu bilden. Die Einladung zu dieser gemeinsamen Veranstaltung mit dem Brüsseler CSU-Verband ist diesem Rundschreiben beigelegt.

Am Montag, 17. Februar, wird die diesjährige Mitgliederversammlung stattfinden. Hierzu werden Sie gesondert eingeladen. Ich bitte Sie, sich den Termin zu notieren und Ihre Teilnahme vorzusehen.

* * *

Ich grüße Sie und bleibe mit besten Wünschen

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'René van der Linden', with a large, stylized flourish above the name.